

Ver·ant· wor·tung,

Substantiv [die]

1.

**die Pflicht, dafür zu sorgen,
dass (in bestimmten
Situationen) das Notwendige
und Richtige getan wird und
kein Schaden entsteht**

2.

**die Verpflichtung, für seine
Handlungen einzustehen und
ihre Folgen zu tragen**

Für die Folgen seines Handelns geradezustehen – das ist das, was man gemeinhin unter Verantwortung versteht. Je größer die Auswirkungen dieses Handelns auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger sind, desto größer ist die Verantwortung. Umso größer scheint aber auch die Versuchung zu sein, sich dieser Verantwortung zu entziehen.

Günstig wurde der Strom aus Atom nur durch staatliche Subventionen in Milliardenhöhe. Sie sicherten den privaten Betreibern riesige Gewinne. Vor den Folgekosten aber, die ebenfalls in die Milliarden gehen, versucht man sich nach Möglichkeit zu drücken. Im Fall der Asse zahlt der Bund und damit die Bürgerinnen und Bürger.

Die Frage, wer denn wann und für was verantwortlich war, ist wichtig, um in der Zukunft Fehler zu vermeiden und die heutigen Probleme zu lösen, anstatt sie nachfolgenden Generationen zu überlassen. Eins davon ist die Suche nach einem nationalen Endlager. Schon angesichts der langen Zeiträume, die das Suchverfahren einnimmt, müssen sich zunehmend diejenigen um das Problem kümmern, die es selbst nicht verursacht haben.

Auch bei der Stilllegung der Asse geht es immer wieder um das große Thema Verantwortung. Das betrifft natürlich den Betreiber und die politischen Entscheider. Es betrifft aber auch die beteiligten Bürgerinnen und Bürger. Beim Engagement für oder gegen eine Sache von gesellschaftlichem Belang sollte sich jeder der Folgen seines Handelns bewusst sein.



08



10

- 03 Ein Bild und was dahintersteckt**
Was sich tatsächlich hinter der Schlagzeile verbirgt: „106 Fässer aus Asse geborgen“
- 04 Schwere Last**
Die Vertreter der Endlagerkommission stehen vor wichtigen Entscheidungen zur Standort-suche. Mitte des Jahres soll der Bericht präsentiert werden
- 08 „Auch unsere Generation ist nicht dagegen gefeit, Fehlentscheidungen zu treffen“**
Ein Interview mit dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel über Verantwortung
- 10 Ohne geht es nicht**
Warum die Notfallvorsorge ein Beispiel für verantwortliches Handeln ist
- 12 Rebell wider Willen**
Der Bauer Rolf Steinkampf will das BfS nicht auf sein Land lassen, um 3D-seismische Messungen durchzuführen

Impressum

ASSE EINBLICKE Informationsschrift über die Schachanlage Asse II / HERAUSGEBER: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), V.i.S.d.P.: Dr. Ingo Bautz, Info Asse, Am Walde 1, 38319 Remlingen, www.asse.bund.de
VERLAG: DUMMY Verlag GmbH / GESTALTUNG: zmyk.de / ILLUSTRATIONEN: Jindrich Novotny, Quermedia
FOTOS: Heike Hegemann / Asse-GmbH, Janosch Gruszczyk, Felix Brüggemann, Ulrich Baumgarten / DRUCK: Bonifatius Druck, Paderborn Die ASSE EINBLICKE sind auf einem FSC®-zertifiziertem Papier unter Verwendung von Altpapier und wiederauf-forstbaren Rohstoffen gedruckt und klimaneutral. Die durch die Herstellung verursachten Treibhausgasemissionen wurden durch Investition in das Klimaschutzprojekt „Wasserkraft, Pueblo Nuevo Viñas, Guatemala“ kompensiert.



Druck | ID 53323-1601-1018

Ein Bild und was dahintersteckt



490-Meter-Ebene, Auslaugversuchsfeld: Hier untersuchte der ehemalige Betreiber, wie sich radioaktive Stoffe in Salzlake verhalten

Mitte Januar titelte die Presse „106 Fässer aus Asse geborgen“ und warf damit für einen kurzen Moment ein Schlaglicht auf einen abgetrennten und unscheinbaren Raum innerhalb des Bergwerkes. Er ist praktisch eine Insel im Grubengebäude. Denn diese wenigen Quadratmeter fallen nicht in den Verantwortungsbereich des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS).

Verantwortlich ist der ehemalige Betreiber der Asse, das Helmholtz Zentrum München (HMGU). Im Auslaugversuchsfeld wurde von 1979 bis 2009 untersucht, wie sich Betonkörper über längere Zeit in Salzlake verhalten. Die Probenkörper enthiel-

ten nur in geringen Mengen radioaktives Cäsium, natürliches Uran sowie Neptunium. Die Forscher wollten wissen, ob und in welchem Zeitraum sich die radioaktiven Stoffe aus dem Beton lösen. Die Proben ruhten in Fässern, wie sie auch im Bild zu sehen sind.

2009 übernahm das BfS den Betrieb der Anlage. Als Eigentümer der Versuchseinrichtung war das HMGU dafür zuständig, den Bereich zu räumen.

Insgesamt 106 Fässer hat der ehemalige Betreiber zwischen 2013 und 2015 abtransportiert. Die Behälter stehen heute zum größten Teil im niedersächsischen Sammelager für schwach- und mittelradio-

aktive Abfälle in Leese. Den Rest erhielt ein Forschungsinstitut in Karlsruhe zur weiteren Versuchsauswertung. Mit der Rückholung der Abfälle aus den Einlagerungskammern hat der Abtransport nichts zu tun, genauso wenig ist er damit vergleichbar. Denn Rückholung bedeutet, größtenteils beschädigte Abfallbehälter mit radioaktiven Abfällen, die vor über 40 Jahren im Salz abgekippt wurden, zu bergen. Trotzdem sorgte der Abtransport der Probenkörper dafür, dass ein schon in Vergessenheit geratener Raum in der Schachanlage Asse nochmals ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde.

Schwere

Noch oberirdisch: Die Castorbehälter mit hochradioaktivem Abfall dürfen bis Ende 2034 in Gorleben gelagert werden

Last

Die Endlagerkommission soll den Weg für die Lösung eines drängenden Problems bereiten:
Wohin mit dem Atommüll?

Bundestag Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E 4900. Knapp drei Dutzend Männer und Frauen sitzen im weiten Halbrund des Raumes. Wenn ihre Namen aufgerufen werden, schalten sie das Mikrofon vor sich auf dem Tisch an und sprechen ruhig und konzentriert. Niemand fällt hier dem anderen ins Wort. Ein leichter Job für die einsame Stenotypistin, die in der Mitte des Raumes an einem Extratisch sitzt und sich über ihren Schreibblock beugt. Auf der Besuchertribüne über ihr sind nur wenige Plätze besetzt. Immer mal wieder stehen dort Personen auf, gehen raus und kommen wieder herein. Manche machen sich Notizen, andere hören bewegungslos den Rednern zu oder dösen ein wenig.

Kaum zu glauben, dass hier gerade 33 Menschen – Politiker, Industrievertreter, Wissenschaftler, Gewerkschafter, Umweltschützer und Kirchenleute – über Fragen diskutieren, die die Gesellschaft in Deutschland über viele Jahre tief gespalten hat. Es geht um die sichere Lagerung von Atommüll über einen Zeitraum von einer Million Jahren.

„Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ lautet der etwas sperrige Titel des Gremiums, das im allgemeinen Sprachgebrauch Endlagerkommission genannt wird. Was aber leicht in die Irre führen kann: Denn die Männer und Frauen, die sich seit nunmehr gut anderthalb Jahren alle paar Wochen im Saal E 4900 treffen, wählen nicht das künftige deutsche Endlager aus.

Die Kommission hat drei Arbeitsgruppen gebildet, die die zentralen Themenfelder beraten: gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz des Auswahlverfahrens; Evaluierung des bestehenden Standortauswahlgesetzes; gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Kriterien für einen Endlagerstandort. Daneben gibt es noch zwei etwas später gegründete Ad-hoc-Gruppen, die sich zum einen mit den Klagen von Energieversorgungsunternehmen und zum anderen mit dem Leitbild der Kommission befassen. In diesen fünf Gruppen arbeiten jeweils Wissenschaftler, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen sowie Bundestagsabgeordnete und Mitglieder von Landesregierungen zusammen.

„Mit Blick auf Gorleben war die bisherige Philosophie ja, dass ein Politiker mit dem Finger auf eine Landkarte tippt und festlegt, hier kommt ein Endlager hin“, sagt Klaus Brunsmeier, der stellvertretende Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND). „Diese Zeiten, das zeigt die Einsetzung unserer Kommission durch Bundesrat und Bundestag, sind vorbei. Wir setzen heute auf ein vergleichendes Suchverfahren in unterschiedlichen geologischen Formationen für einen Standort mit der bestmöglichen Sicherheit, mit Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur und mit der zumindest temporären Option einer Rückholbarkeit. Damit kommende Generationen auch die Chance haben, unsere Fehler zu korrigieren.“

Brunhmeier ist der Ko-Vorsitzende der Arbeitsgruppe 2 in der Endlagerkommission. Die Arbeitsgruppe befasst sich mit der Überprüfung des Standortauswahlgesetzes. Die Entscheidung, in der Kommission mitzuarbeiten, hat sich der BUND nicht leicht gemacht, sagt er. „Im Mittelpunkt unserer Diskussionen darüber, ob wir mitmachen sollen oder nicht, stand auch das Thema Verantwortung, das ja zwei Seiten hat. Da sind zum einen natürlich die Atomkonzerne,

die als Verursacher die Verantwortung für den Müll tragen. Nun ist dieser Müll aber da. Und es stellt sich die Frage, inwieweit man in dieser Phase eines politischen Konsenses über den Atomausstieg Mitverantwortung dafür übernimmt, dieses Atommüll-Problem mit der größtmöglichen Vorsorge zum Schutz von Mensch und Umwelt vor radioaktiver Strahlung zu lösen. Der BUND hat sich nach intensiver Debatte basisdemokratisch mit großer Mehrheit entschieden, mitzumachen.“

Für ihn ergibt sich aus seiner Mitarbeit in der Kommission eine doppelte Verantwortung, sagt Brunsmeier. Zum einen müsse er dazu beitragen, dass das Gremium im Juni nach zweijähriger Arbeit einen Abschlussbericht vorlegen kann, der die Voraussetzungen für eine Standortentscheidung schafft. Zum anderen seien da die Beschlüsse des BUND, denen er verpflichtet ist und die er in seiner Arbeit umsetzen muss. „Natürlich werden die BUND-Vorschläge und -Vorlagen, die ich in die Kommission einbringe, nicht von jedem

dort jubelnd aufgenommen“, sagt der 57-Jährige. „Und na klar, das ist nicht hundertprozentig BUND, was die Kommission bislang beschlossen hat. Da sind mal 30 Prozent drin, mal 70 – aber das ist eben das, was in solchen Runden erreichbar ist.“

Dennoch schreibt sich Brunsmeier einiges auf die Fahne, worauf man sich zusammen mit anderen Mitgliedern der Kommission bereits verständigen konnte. Etwa das generelle Exportverbot für bestrahlte Brennelemente, die Implementierung europarechtlich vorgeschriebener Rechtsschutzmöglichkeiten in das Standortauswahlgesetz und die Empfehlung der Kommission, dass künftig ein öffentliches Unternehmen das Endlager bewirtschaften soll und nicht wie bisher ein Privatunternehmen der Abfallverursacher. „Letztlich entscheidet der BUND in seinen

Gremien, ob es Sinn macht für uns, weiter mitzumachen“, sagt er. „Aber bislang ist es noch so, dass wir als BUND weiter in der Kommission mitarbeiten.“

Der Hannoveraner Geowissenschaftler Detlef Appel versteht den Zwiespalt Brunsmeiers. „Selbstverständlich vertreten die Mitglieder der Kommission mit ihren Vorschlägen und ihrer Arbeit bestimmte Interessen. Das ist durch die Zusammensetzung des Gremiums vorgegeben“, sagt der 71-Jährige. Man könne von Industrievertretern oder Angehörigen von Umweltverbänden, aber auch von Fachleuten nicht erwarten, dass sie ihre Interessen oder Werthaltungen völlig vergessen. „Die Frage, an der sich die Kommission messen lassen muss, wird doch aber sein, ob die gemeinsame Verantwortung für eine zukunftsfähige Lösung das Ergebnis unserer Arbeit mehr bestimmen wird als diese gruppenspezifischen Interessensunterschiede.“

Appel diskutiert in der Arbeitsgruppe 3 der Kommission die gesellschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Kriterien, nach denen der Standort für ein Endlager mit bestmöglicher Sicherheit gesucht werden soll. Der Wissenschaftler ist ein anerkannter Experte auf diesem Gebiet. Schon 2002 gehörte er dem Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) an, der wissenschaftliche Kriterien für eine sichere Atommülllagerung definierte. Die Endlagerkommission ist dennoch eine neue Herausforderung für ihn. „Sie ist in einem durchaus positiven Sinne auch eine Erschwernis, weil ich mit Menschen zusammenarbeite, die an der fachlichen Diskussion

Letztlich geht es um eine Frage, die die Gesellschaft viele Jahre tief gespalten hat: die sichere Lagerung von Atommüll für eine Million Jahre



Weder transparent noch öffentlich diskutiert: Die Auswahl des Standortes Gorleben steht bis heute in der Kritik und führte zu einem enormen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Aus diesen Fehlern will man in der Endlagerkommission lernen

bislang nicht direkt beteiligt waren, also zum Beispiel Politiker, Gewerkschafter und Kirchenvertreter“, sagt Appel. „Damit speist die Kommission nicht allein rein fachliche Argumente zur Sicherheit von Endlagern in ihre Ergebnisse ein, sondern auch Gedanken, Ideen und Werthaltungen, die in der Gesellschaft zu dem Thema vorhanden sind.“ Ein Zeichen dafür sei etwa die große Rolle, die solche Themen wie Kontrolle, Überprüfbarkeit, Beteiligung, Korrekturmöglichkeiten und Transparenz in den Diskussionen spielen. „Hier geht es um eine ethische Dimension: Uns muss klar sein, dass wir Verantwortung übernehmen für eine Lösung, die heute und in kommenden Generationen noch Bestand haben soll. Diese Verantwortung verlangt von uns auch, aus zurückliegenden gesellschaftlichen Konflikten zu lernen und Lösungen zu finden, die nicht zu einem Risiko werden und nicht zu erneuten gesellschaftlichen Verwerfungen führen.“

Aus der Geschichte lernen – das ist auch ein Thema in der Ad-hoc-Gruppe „Grundlagen und Leitbild“ der Kommission. Denn schon in der Präambel des Abschlussberichtes, dem sogenannten Leitbild, sollen auch die Fehler der Vergangenheit angesprochen werden. So etwa die Versäumnisse bei der Schachtanlage Asse II in Niedersachsen und dem Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben in Sachsen-Anhalt. Aber natürlich wird auch die Geschichte um die frühere Festlegung auf Gorleben eine zentrale Rolle spielen: Wie ist es damals zur Auswahl dieses Standortes gekommen? Gab es ein wissenschaftliches und faires Auswahlverfahren, oder war die Festlegung auf Gorleben nicht vielmehr das Ergebnis einer politischen Willkürentscheidung?

Sylvia Kottling-Uhl, Bundestagsabgeordnete der Grünen und atompolitische Sprecherin ihrer Fraktion, gehört der Ad-hoc-Gruppe an. Sie ist davon überzeugt, dass die Kommission mit der Aufarbeitung des Vergangenen die kommende gesellschaftliche Debatte über einen Endlagerstandort erleichtern wird. Und so ringt sie mit ihren Kollegen in der Kommission um jede Formulierung im ersten Teil des Hauptberichtes. Das Paradoxe dabei: Wenn die Kommission ihren Abschlussbericht beschließen wird, darf die Grünen-Abgeordnete nicht die Hand heben. „Wenn es um den Abschlussbericht geht, dann haben nur die Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesell-

schaft in der Kommission ein Stimmrecht“, sagt sie. „Das ist richtig so, denn auch bei der Endlagersuche wird die Zivilgesellschaft der entscheidende Akteur sein.“

Aber kann man denn Verantwortung übernehmen ohne ein Stimmrecht? Selbstverständlich, sagt Sylvia Kottling-Uhl. „Wir Politiker sitzen ja nicht als Zuhörer dabei, sondern wir diskutieren und wirken an der Gestaltung von Inhalten mit. Und da die Kommission sehr transparent arbeitet und die Sitzungen im Internet übertragen werden, müssen Argumente überzeugen. Es sind keine Verhandlungen.“ Als Abgeordnete sei das eine ganz neue Erfahrung für sie, eine andere Möglichkeit der politischen Arbeit. In den parlamentarischen Ausschüssen und Plenarsitzungen habe man ja nur beschränkt Zeit, und gerade als Opposition sei die Redezeit ja immer sehr begrenzt. „Hier aber diskutieren wir die Dinge aus, was Zeit kostet, weil das Gremium sehr heterogen besetzt ist“, sagt sie. „Aber das emp-

finde ich als großen Gewinn. Wenn Sachverhalte ausdiskutiert werden, kann man andere Positionen besser verstehen und ihnen eher entgegenkommen. So kann ich Verantwortung dafür, gemeinsame Entscheidungen zu treffen und mitzutragen, tatsächlich wahrnehmen, anders als im normalen politischen Betrieb.“

Auch für den evangelischen Landesbischof Ralf Meister lässt sich die Frage, wo ein künftiges Endlager für Atom Müll geschaffen werden soll, nicht allein mit rein naturwissenschaftlichen Argumenten beantworten. „Das, was da festgelegt werden wird, muss von einer Gesellschaft über viele, viele Generationen hinweg getragen werden“, sagt Meister. „Deshalb geht es auch um Wertmaßstäbe, um Haltungen, aber auch um Transparenz, Fairness und Gerechtigkeit. Daran kann und muss die Kirche mitwirken.“

Und so redet Bischof Meister mit in der Kommission. Als Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe I sind seine Themen der gesellschaftliche Dialog, die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Transparenz des künftigen Auswahlverfahrens. Die Arbeit sei sehr aufwendig, sagt er. „Die Kommission ist ja ein Abbild der pluralen Öffentlichkeit und der konträren Meinungen im Umgang mit Kernenergie: CDU und Linke, Energiekonzerne und Umweltverbände – da gibt es jede Menge Konflikte.“

Dennoch sei bei allen Beteiligten von Anfang an ein Verantwortungsgefühl dafür zu spüren gewesen, miteinander auf eine Ebene zu gelangen, auf der es einen breiten Konsens gibt. „Das hat in der konkreten Arbeit seine Zeit gebraucht, aber wir haben dann doch eine Atmosphäre gefunden, in der jeder bereit ist, auch eigene Positionen in Frage zu stellen“, sagt der Landesbischof. Man sei aber noch längst nicht durch mit allen strittigen Punkten. „Doch die Zeit ist extrem knapp, und wir müssen weiter über unsere Schatten springen. Sonst wird es keinen Konsens geben.“

[Andreas Förster lebt in Berlin und arbeitet als investigativer Journalist und Buchautor. Spezialisiert hat er sich auf die Arbeit der Geheimdienste, Zeitgeschichte, Sicherheitspolitik und Terrorismus.](#)

„Auch unsere Generation ist nicht dagegen gefeit, Fehlentscheidungen zu treffen“

Wie gehen Wissenschaftler, wie Politiker und die Öffentlichkeit mit ihrer Verantwortung bei Entscheidungen mit gesellschaftlicher Dimension um? Was bedeutet das konkret für die Lagerung von radioaktivem Müll?
Ein Gespräch mit dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel



Seit Februar 2013 ist Stefan Wenzel Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz des Landes Niedersachsen. Zudem ist er Stellvertreter von Ministerpräsident Stephan Weil

Asse Einblicke: Was bedeutet für Sie Verantwortung?

Stefan Wenzel: Im Sinne von Dietrich Bonhoeffer sind Verantwortung und Freiheit korrespondierende Begriffe. Verantwortung muss sich sowohl an rechtsstaatlichen als auch an moralisch-ethischen Grundsätzen messen lassen und umfasst auch unsere Verantwortung für künftige Generationen, die natürlichen Lebensgrundlagen und alle Lebewesen unserer Erde.

Haben Sie den Eindruck, dass die politische Verantwortung für die Missstände in der Asse geklärt ist – zum Beispiel durch den Untersuchungsausschuss?

Vieles ist inzwischen bekannt, aber nicht alles. Der Bericht des Untersuchungsausschusses – insbesondere auch der von mir mitverantwortete Teilbericht – gibt einen recht guten Überblick über den Stand des Wissens. Akten aus dem Kanzleramt und auch aus verschiedenen Forschungseinrichtungen der frühen Jahre sind jedoch nur in homöopathischen Dosen bekannt geworden. Die Asse war Forschungsbergwerk, „Versuchsendlager“, billige Müllkippe der Industrie und zudem auch Teil des Entsorgungsvorsorgenachweises der damals laufenden Atomkraftwerke. Das zeigt, warum der zu diesem Zeitpunkt unerwartete Wasserzufluss auch Folgen für die Planungen in Gorleben und das gesamte Atomprogramm hatte und hat.

Wie sehen Sie die Rolle der Wissenschaftler? Ist es überhaupt Aufgabe der Wissenschaftler, Verantwortung zu übernehmen?

Zweifellos müssen Wissenschaftler Verantwortung übernehmen. Exemplarisch wurde das von Albert Einstein und anderen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Atombombe diskutiert. Gerade wer tief in einer Materie drinsteckt, bekommt auch als Erster eine Ahnung von möglichen Gefahren und Wechselwirkungen. Das schafft Verantwortung – für Handeln und für Nichthandeln. Es war eine der größten wissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik, die die organisatorische Verantwortung für die Schachanlage Asse hatte. Es waren Bundesbehörden wie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die schon sehr früh Kenntnis hatte, und es waren sehr viele weitere wissenschaftliche Einrichtungen beteiligt. Eine der größten Enttäuschungen ist für mich, dass die meisten wissenschaftlichen Einrichtungen als Institution bis heute nicht einmal den Versuch gemacht haben, die Ursachen der wissenschaftlichen Fehleinschätzungen aufzuarbeiten. Sie zahlen dafür bis heute einen hohen Preis, weil ihre Glaubwürdigkeit beschädigt wurde.

Was denken Sie: Hat unter Wissenschaftlern mittlerweile auch ein Umdenken stattgefunden, oder wird die Verantwortung nach wie vor der Politik zugeschoben?

Letztlich beschleunigt durch den parteiübergreifenden Kompromiss zum Ausstieg aus der Atomkraft nach Fukushima scheint sich bei vielen handelnden Personen in Wissenschaft und Technik derzeit ein Umdenken zu vollziehen. Das wird auch durch die zunehmende Beteiligung unterschiedlicher Akteure aus Wissenschaft, Fachwelt, Verwaltung und Zivilgesellschaft an politischen Prozessen begünstigt. Wissenschaftler arbeiten nicht mehr isoliert nur in ihrem eigenen Fachbereich. Im Fall Asse und den Konsequenzen für eine dauerhaft sichere Lagerung von Atommüll wird sich das hoffentlich auch am Ergebnis der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe ablesen lassen.

Sehen Sie in den Prozessen der Bürgerbeteiligung, dass die Mitwirkenden mit ihrem Einfluss verantwortlich umgehen?

Verantwortliche Bürgerbeteiligung speist sich aus der Vielfalt fachlicher, regionaler, sozialer und politischer Erfahrungen. Aus der Asse lässt sich dazu viel lernen. Das gemeinsame Ziel ist klar: Der radioaktive Müll soll aus der Asse geborgen und andernorts sicher entsorgt werden. Alle am Prozess Beteiligten müssen sich für dieses Ziel auch verantwortungsbewusst einsetzen – durchaus hart in der Sache, aber hoffentlich auch getragen von gegenseitigem Respekt. Am Ende verlangt es aber auch eine Solidarität mit anderen Interessengruppen und gegebenenfalls auch die Akzeptanz und Unterstützung von gemeinsamen, mindestens mehrheitlich getroffenen Entscheidungen.

Wie kann Ihrer Meinung nach das Dilemma zwischen einer umfassenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Notwendigkeit, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, gelöst werden? Zum Beispiel wenn man an die Suche nach einem Zwischenlager für die Asse-Abfälle denkt ...

Entscheidungen erfordern in einer gewachsenen und lebendigen Demokratie Beteiligungsprozesse, die sicherstellen, dass alle Argumente in transparenten Verfahren gehört und bedacht werden. Am Ende stehen aber Entscheidungen, teilweise auch unpopuläre Entscheidungen der zuständigen Räte, Parlamente oder Behörden. Die Gefahr von Fehleinschätzungen kann damit deutlich verringert werden, aber auch unsere Generation ist nicht dagegen gefeit, Fehlentscheidungen zu treffen. Deshalb drängen wir bei der dauerhaften Lagerung von Atommüll auf Fehlerkorrekturmöglichkeiten für längere Zeiträume.

Ich habe auch größtes Verständnis für die Sorgen und Bedenken von Anwohnern gegenüber einem Zwischenlager für radioaktiven Müll in ihrem Lebensumfeld. Ich bin aber zugleich überzeugt, dass eine Entscheidung für einen Asse-nahen Standort eines Zwischenlagers von den Menschen mitgetragen wird, wenn eine solche Entscheidung auf Grundlage eines umfassenden, transparenten und ehrlichen Kriterienvergleichs getroffen wurde. Dieses ist Aufgabe und Pflicht des Betreibers.

Unpopuläre Entscheidungen gibt es vor allem auch für Politiker. Lässt sich Ihrer Meinung nach überhaupt der Zwiespalt lösen, vor dem Politiker angesichts der nächsten Wahl stehen?

Die dauerhafte Lagerung von Atommüll ist eine Aufgabenstellung für sehr viele Generationen. Es erscheint mir unabweislich, die politischen Entscheidungswege so anzugehen und so zu steuern, dass sie nicht in Abhängigkeit von Legislaturperioden und wechselnden Regierungen geführt, geändert oder gar verworfen werden können. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Arbeiten der Atommüllkommission, deren Empfehlungen – möglichst im Konsens – in ihrem Abschlussbericht ausgewiesen und daran anschließend bis zum Sommer 2017 in Form von gesetzlichen Regelungen durch den Deutschen Bundestag verbindlich gemacht werden sollen. Diese dann umfassend und parteiübergreifend demokratisch legitimierten Vorgaben für die Suche nach dem oder den Orten mit der bestmöglichen Sicherheit werden dann, so hoffe ich zumindest, in ihrer Umsetzung nur noch schwerlich der ständigen Veränderung aufgrund politischer Mehrheiten ausgesetzt sein. Notwendige Korrekturen im Sinne eines fortschreitenden Standes von Wissenschaft und Technik bleiben davon unberührt.

Mitte dieses Jahres präsentiert die Endlagerkommission ihre Ergebnisse zur Suche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle.

In der Kommission sitzen Vertreter sehr unterschiedlicher Institutionen mit unterschiedlichen Interessen. Glauben Sie, dass die Kommission ihrer Verantwortung gerecht wird und zu einem gemeinsamen und vor allem haltbaren Konsens kommt?

Das hoffe ich, aber noch haben wir einige sehr schwierige Hürden vor uns.

Die schwerste Entscheidung steht ja noch an: als Politiker „Ja“ zu einem Standort zu sagen am Ende des Suchprozesses, selbst wenn dieser im eigenen Wahlkreis liegt. Ist das überhaupt möglich?

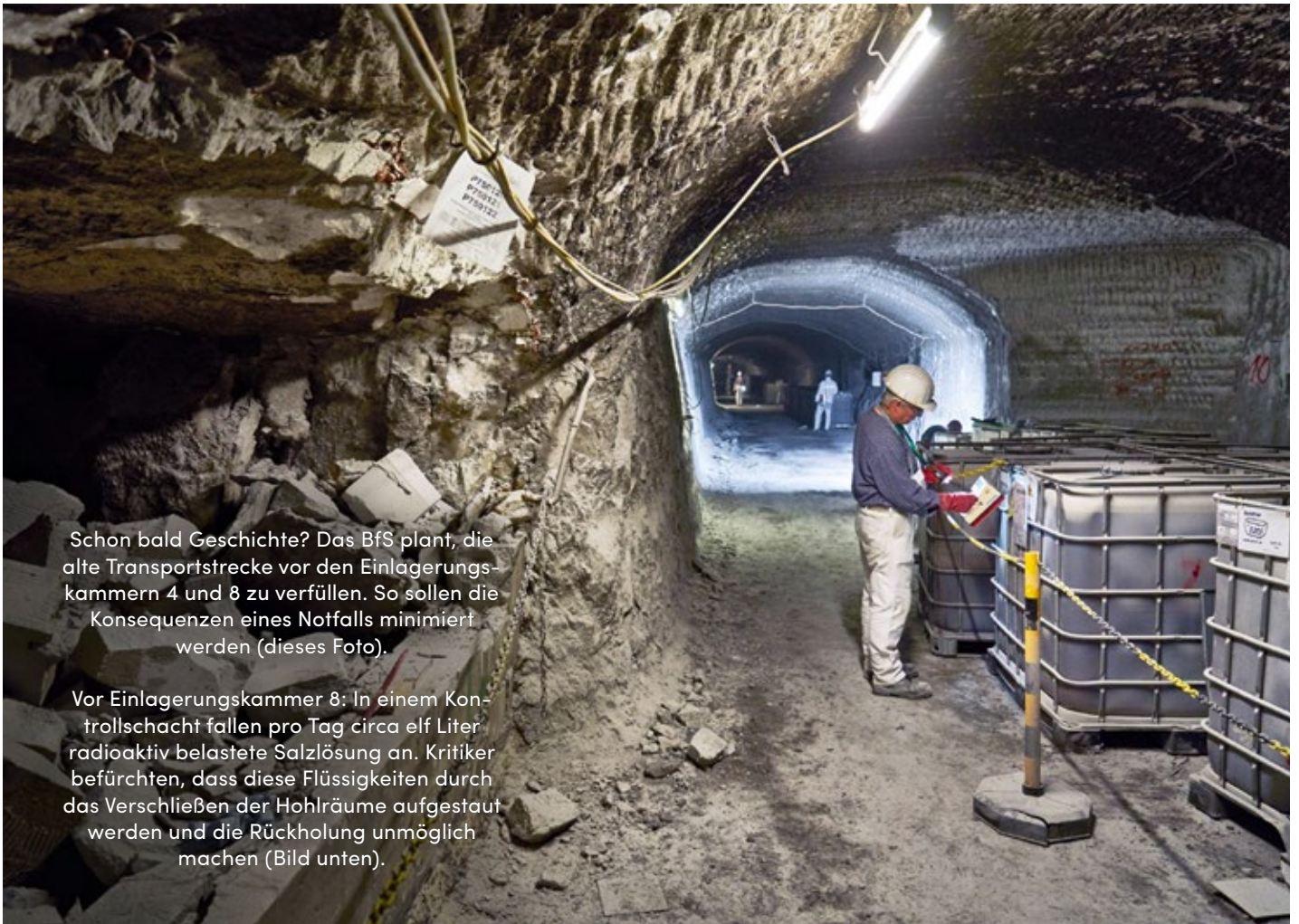
Bei der Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager sollte zunächst die Erreichung der bestmöglichen Sicherheit im Interesse der betroffenen Menschen oberste Priorität haben. Zudem ist die Frage, ob wir am Ende nur über einen Standort reden oder ob es eine nachvollziehbare Lastenteilung gibt. Bislang lagen alle geplanten, havarierten oder planfestgestellten Orte in einer Großregion – Asse, Morsleben, Konrad und Gorleben.

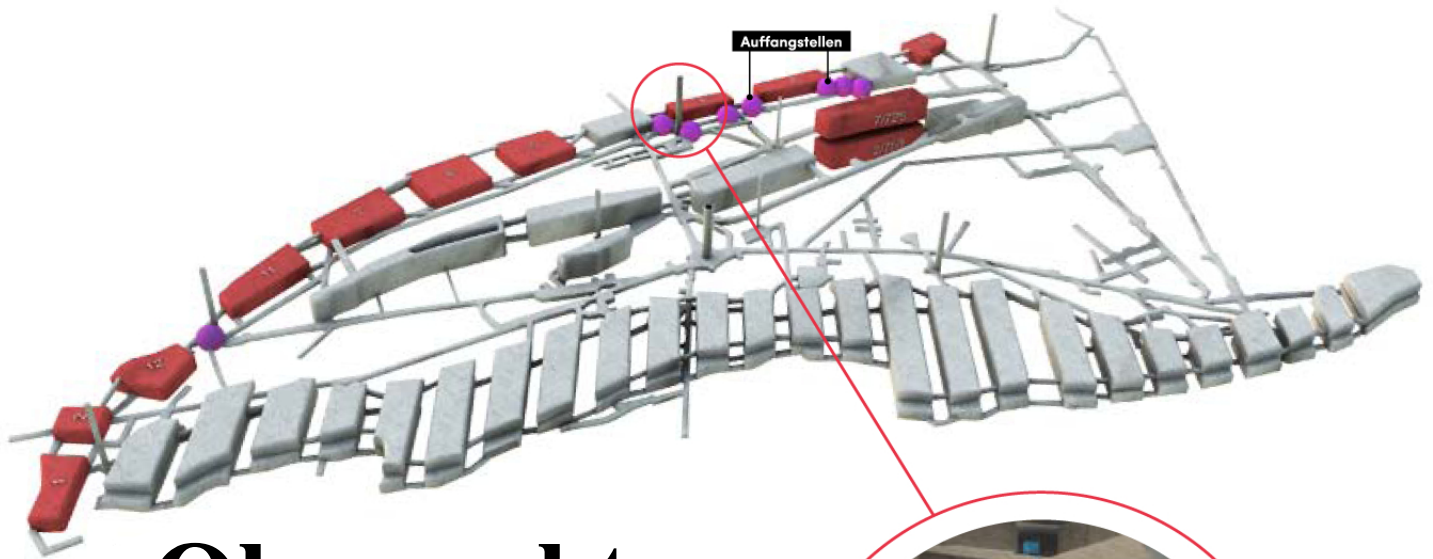
Beispiele aus Skandinavien zeigen, dass Gemeinden mit einem Standort durchaus auch sozioökonomische Potenziale verbinden können. Das funktioniert aber nur, wenn man glaubwürdige Verfahren, Institutionen und handelnde Personen hat. Auch ein funktionierender Rechtsschutz gehört dazu. Der Jahrzehnte währende gesellschaftliche Großkonflikt um den willkürlich ausgewählten Standort Gorleben hat dabei viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit zerstört. Daraus muss man lernen. In Schweden hat man beispielsweise festgelegt, dass am Standort des Forschungsbergwerks niemals Atommüll gelagert wird.

Die letzte Entscheidung für einen Standort unterliegt dem Primat der Politik, das ist richtig. Allerdings durchläuft eine solche Gesetzesentscheidung nach dem Standortauswahlgesetz zuvor einen langen Prozess von beratenden, fachlichen und administrativen Schritten wie Abfolgen unter der Beteiligung einer Vielzahl von Verantwortlichen und sonstigen Akteuren. Insofern könnte ich persönlich eine auf diese Weise im wohlverstandenen Sinne zustande gekommene Entscheidung auch für meinen Wahlkreis akzeptieren.

„Politische Entscheidungswege dürfen nicht von Legislaturperioden oder wechselnden Regierungen abhängen.“

Hintergrund





Ohne geht es nicht

Warum die Notfallplanung ein Beispiel für verantwortliches Handeln ist

Es mutet an wie ein unüberbrückbarer Widerspruch. Die Fachleute empfehlen, die Zugangsbereiche vor den Einlagerungskammern in 750 Meter Tiefe zu verfüllen, denn ein Absaufen des Bergwerks kann nicht ausgeschlossen werden. Der Betreiber ist gesetzlich verpflichtet, für diesen Notfall vorzusorgen. Die verfüllten Hohlräume im Umfeld der Einlagerungskammern sichern diese wie in einem Topf. Im Notfall breiten sich die radioaktiven Stoffe langsamer aus. Zusätzlich wird das Bergwerk stabilisiert. Das ist wichtig für die Rückholung.

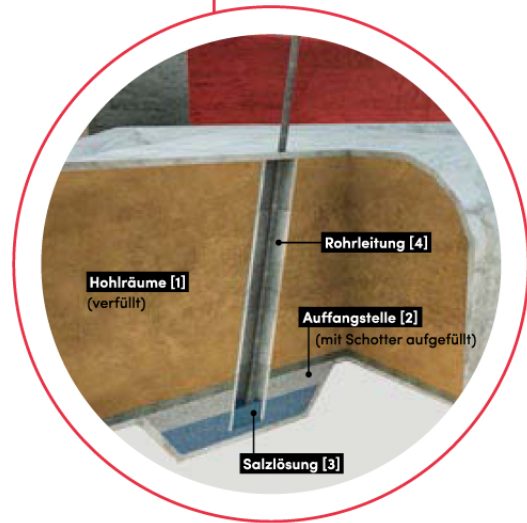
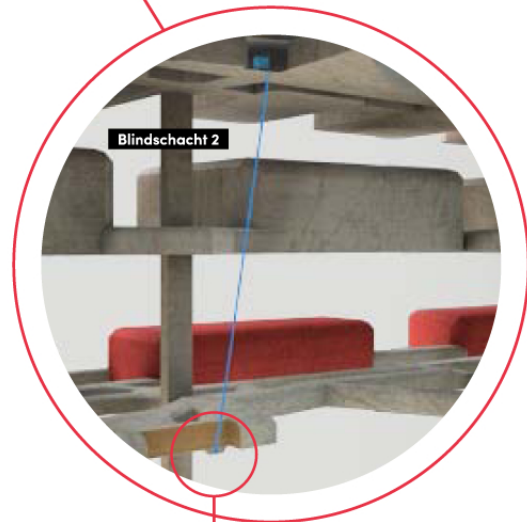
Unverantwortlich, entgegnen die Kritiker. Der Beton verbaue praktisch den Weg zur Rückholung. Die Maßnahme führe dazu, dass sich Salzlösungen in den Kammern aufstauen. Die Abfälle könnten feucht und die Rückholung unmöglich werden. Sie fordern, die Bereiche offen zu halten.

Fakt ist: In 750 Meter Tiefe sammeln sich vor den Einlagerungskammern rund 37 Liter Salzlösungen pro Tag (siehe Foto). Sie bilden noch nicht einmal ein Prozent aller Lösungen, die im Bergwerk insgesamt täglich anfallen. Zum Teil sind sie durch den Kontakt mit den Abfällen radioaktiv belastet.

BfS und Asse-GmbH haben nachgewiesen, dass die Auffangstellen nach dem Verfüllen der Bereiche über Bohrungen überwacht und die Lösungen bei Bedarf abgepumpt werden können (siehe Grafik). Die Kritiker halten das nicht für ausreichend.

Offen lassen, wie die Kritiker sagen, oder verfüllen, wie der Betreiber rät, darum dreht sich seit 2013 die Diskussion. Eine einfache Antwort gibt es nicht. Wer die Bereiche offen hält, riskiert Abstriche bei der Schadensvorsorge. Wer sie verschließt, reduziert seine Eingriffsmöglichkeiten bei Veränderungen. Derzeit erstellt das BfS zu dieser Frage eine umfassende Risikobewertung.

Verantwortung heißt: Nutzen und Risiken seines Handelns sorgfältig abwägen. Dies ist in den letzten drei Jahren intensiv geschehen. Verantwortung heißt auch: für die getroffene Entscheidung einstehen. Das kann nur der Betreiber. Deshalb muss er am Ende eine Entscheidung treffen, notfalls auch ohne Einvernehmen mit den Kritikern.



Überwachung von oben: Auffangstellen lassen sich auch nach dem Verfüllen der Hohlräume (1) überwachen, wie die laufende Praxis belegt. Die Auffangstelle wird mit Schotter aufgefüllt (2), in dem sich die Salzlösung sammeln kann (3). Bei Bedarf wird sie über eine Rohrleitung 50 Meter nach oben gepumpt (4).

Rebell wider Willen

Das Bundesamt für Strahlenschutz will mit der 3D-Seismik den Untergrund erforschen und benötigt dafür die Genehmigung der Anrainer. Der Bauer Rolf Steinkampf will das Amt nicht auf sein Land lassen – weil er die Angst vor dem Atommüll für übertrieben hält. Verantwortungslos findet er das nicht. Ein Besuch

VON OLIVER GEHRIS

In der Welt von Dr. Hermann Hinsch ist Radioaktivität kein Problem, er hat ihr quasi sein ganzes Leben gewidmet. Als Strahlentechniker arbeitete er über Jahrzehnte für das Helmholtz-Zentrum, auch in der Asse. Die Angst vor dem Atommüll oder vor Zwischenfällen an Atomkraftwerken hält er für völlig überzogen.

Fukushima? Keine Toten. Hohe Leukämieraten in der Nähe von Kraftwerken? Kein Zusammenhang. Die Asse? Ein Gespenst der Anti-AKW-Lobby.

Neben der Atomkraft hat Hinsch auch ein Faible für Mathematik: Jeder Mensch strahlt mit ca. 7.000 bis 8.000 Becquerel, rechnet er vor. Wenn man also in einer vollbesetzten S-Bahn sitze, sehe man sich mehreren Hunderttausend Becquerel gegenüber – ohne dass irgendjemand Krebs bekomme. Selbst wenn ein Mensch einen radioaktiv verschmutzten Castorbehälter ablecke, so Hinsch in seinem Buch „Das Märchen von der Asse“, wäre man die aufgenommene Strahlung „beim nächsten Gang zur Toilette zu einem großen Teil wieder los.“

Im Fall der Asse läuft Hinschs Rechnung auf ein Nullsummenspiel hinaus: Über Jahrzehnte sei dem Berg mit der Förderung von schwachradioaktivem Kaliumsalz Radioaktivität entnommen worden, mit den Atommüllfässern sei sie nun halt wieder drin. Kein Problem also.

Rolf Steinkampf ist Bauer in Dettum, in direkter Nachbarschaft zur Asse. Auf seinen 100 Hektar baut er Getreide und Raps an. Einen Helfer hat er dafür, manchmal zwei. Zurzeit ist nicht viel zu tun, die Aussaat beginnt erst im März. Und doch herrscht auf dem Hof Betrieb: Zwei Fernseher sind neulich da, Tageszeitungsjournalisten klingeln an, um mit ihm zu sprechen, mit dem Mann, der sich querstellt. Der das Bundesamt für Strahlenschutz nicht auf sein Land lassen will.

Vor einem Jahr las Steinkampf in der „Braunschweiger Zeitung“, dass das BfS seismische Messungen rund um den Asse-Schacht plane, um sich ein genaueres Bild vom Untergrund zu machen. Daraufhin schrieb er einen Brief an das Amt, in dem stand, dass er keine Genehmigung zum Betreten seines Grundstücks erteilen werde. Begründung: Dank Hermann Hinsch wisse man, „dass die gelben Fässer keine Gefahr darstellen, solange sie in der Tiefe lagern.“ Es wäre wünschenswert, dass das Bundesamt „den Unsinn der Rückholung“ nicht weiterverfolge.

Steinkampf ist nicht allein mit seiner Meinung. In der gleichen Region wohnen einzelne, die ebenfalls nicht ihre Grundstücke für Messungen freigeben wollen. Einziger Unterschied: Sie fordern die Rückholung des Atommülls und sind der Auffassung, dass dafür keine aufwendigen Messungen nötig sind.

Wenn man Rolf Steinkampf besucht, bittet er einen in sein Wohnzimmer, wo auf dem Tisch zwei verschiedene Sorten Saft und Mineralwasser warten. Der Kaminofen brennt, auf dem Klavier stehen die Noten für die Übungsstunde seiner Tochter. Durch die großen Fenster schaut man auf seine Felder, die bis hinauf zum Wald auf der Asse gehen. Vor ein paar Jahren saß Steinkampf mal mit seinen Kindern auf dem Sofa und beobachtete einen Fackelzug von Atomkraftgegnern, der sich von Morsleben über den Schacht Konrad bis zur Asse erstreckte. „Ich empfinde Fackelzüge gerade in Deutschland als eher unpassend“, sagt Steinkampf. Zudem habe ihn 2009 gewundert, dass an der Protestaktion 15.000 Menschen teilnahmen, damals aber erst 1.000 Menschen die Infostelle an der Asse besucht hatten. „Die Angst“, so sagt er, „erfüllt einen politischen

Zweck.“ Die wissenschaftlichen Fakten träten manchmal hinter die Ideologie zurück.

Steinkampf liest die „Asse Einblicke“, er war auch schon öfter in der Infostelle. Auf seinem Wohnzimmertisch liegt die BfS-Broschüre „3D-Seismik“. Sie hat seitlich zwei Löcher, weil er sie immer wieder ordentlich abheftet. Es gäbe ja durchaus viele Informationen, sagt Steinkampf, aber manches werde unterdrückt. Ihm fehle der Vergleich der natürlichen Strahlung des Berges mit dem Inventar. Der Hinweis, dass sich in jedem Kubikzentimeter Erde natürliche Radioaktivität befinde, darunter Uran und Kalium, ohne dass die Menschen daran sterben. Es fehlt ihm also einfach ein bisschen Hinsch. Dessen

Erkenntnisse könnte man ja auch mal in den „Asse Einblicke“ publizieren, so Steinkampf, „und meinetwegen drunterschreiben, dass es Unsinn ist.“ Bloss die Menschen sollten zumindest mal davon gehört haben.

Aber es ist schwer, die Menschen für mathematische Modelle, für Physik und Strahlenkunde zu begeistern. Steinkampf wundert sich, dass ein Team vom NDR einen halben Tag auf dem Hof filmt und dann ein Beitrag von fünf Minuten erscheint, in dem er einen halben Satz sagt. Oder aufgeregte

RTL-Reporter vorbeikommen und dann gar nichts senden. Oder der Reporter der „Hannoverschen Allgemeinen“ einen großen Artikel schreibt, für den er vorher handgestoppte fünf Minuten mit Steinkampf telefoniert hat.

Steinkampf taugt eben nicht für die einfachen Mediengeschichten. Er will kein Rebell sein, kein Revoluzzer, kein Bauer, der mit der Mistgabel sein Land verteidigt. So was würde sich gut verkaufen. Kann Steinkampf aber nicht bieten. Im Grunde genommen habe er gar nichts gegen die Messungen, sagt er, je mehr Informationen, desto besser. Aber wie gesagt: Erst mal solle das BfS ein bisschen mehr zur natürlichen Strahlung informieren.

Aber ist es verantwortbar, wenn ein Einzelner für sich in Anspruch nimmt, in Fragen der Sicherheit für alle zu entscheiden? Er nehme einfach nur sein Recht wahr, Nein zu sagen, sagt Steinkampf. Man lebe schließlich nicht in einem Obrigkeitsstaat, sondern in einer Demokratie. Sagt's und räumt in Ruhe den Apfelsaft ab.



„Jeder Mensch hat das Recht, Nein zu sagen“